

WEITBLICK

**2023 im Rückspiegel
2024 im Visier**





Sina
Behrend



Thomas
Jobelius

Liebe JuLis,

zum ersten Mal dürfen wir in diesem Magazin ganz feierlich die Gewinner der ersten JuLi Oscars bekannt geben. Stellt euch den roten Teppich und prickelnde Getränke dazu am besten einfach vor. (Oder schreibt dem LaVo, wenn euch unsere Idee gefällt, vielleicht gibt es dann in den nächsten Jahren auch eine echte Verleihung). Bis dahin bleibt den Siegern die Ehre.

Wir haben ein Jahr voller Höhen und Tiefen hinter uns. Sowohl innerhalb der JuLis (100. LaKo) als auch in Deutschland (Lützerath und GEG) und Europa (Wahlen in Polen) ist viel passiert. Wir blicken mit euch zurück und wollen aus den Ereignissen unsere Lehren ziehen.

Es ist eine Zeit des Rückblicks, in der wir aus den Ereignissen lernen und Erkenntnisse ziehen wollen. Unser Blick ist nicht nur auf das Vergangene gerichtet, sondern auch auf das bevorstehende Jahr. Mit den kommenden Europawahlen in Sicht ist es unausweichlich, dass wir uns verstärkt diesem Thema zuwenden. Europa steht im Mittelpunkt und wir bereiten uns auf einen starken Europawahlkampf vor. Wir blicken, wie immer, voll Zuversicht in die Zukunft.

Eure

Sina & Thomas



Seite 2
Editorial
der Chefredaktion



**Was die diesjährigen nationalen Wahlen
in den Mitgliedsstaaten für die
Europäische Union bedeuten**

Nancy Pyplok

Seite 4



**Die JuLi
Oscars**

Seite 6



Was ist in Polen passiert?

Oscar Chyra

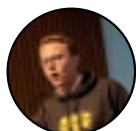
Seite 5



**Was wir von europäischen
Schulen lernen können**

Michael den Hartog

Seite 8



**Freien Handel nicht in Ketten legen
- auch nicht Lieferkettengesetze**

Torben Hundsdörfer

Seite 10



Alondra von Grodeck, Tim Schütz
& Philip Cierniak

Seite 12



&



**Lützi: Der Spielplatz für bürgerliche
Kids mit linksextremer Veranlagung
- eine (jung)liberale Betrachtung**

Christian Sondern & Marcel Marks

Seite 14



**„Lasst uns die Deutungshoheit
der AfD brechen“**

Carlo Hörmandinger

Seite 16



Europa - ein Garant für die Freiheit

Anzeige Moritz Körner

Seite 18



**Wenn die Effizienz zur
Demokratie wird**

Jannis Kohlhase

Seite 20

THEMENINHALTE



**Überwachung und Macht:
Der digitale Euro**

Vincent Weber

Seite 22



Die FDP 2030?

Alexander Kobuss

Seite 24



Der 100. LaKo

Seite 26



WAS DIE DIESJÄHRIGEN NATIONALEN WAHLEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION BEDEUTEN

Nicht nur die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament, sondern auch die nationalen Wahlen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind von zentraler Bedeutung für die Gestaltung der europäischen politischen Landschaft. Die politischen Veränderungen, die durch diese Wahlen hervorgerufen werden, können die Zusammenarbeit, die politischen Prioritäten und die Entscheidungsfindung innerhalb der EU beeinflussen. Daher ist es von großem Interesse, die Ergebnisse dieser Wahlen zu verfolgen und ihre möglichen Auswirkungen auf die Zukunft Europas zu analysieren.

In Spanien wurde zuletzt der geschäftsführende Ministerpräsident und Sozialdemokrat Pedro Sánchez als Regierungschef wiedergewählt. Zuvor hatte PP-Chef Alberto Núñez Feijóo zwar die vorgezogene Parlamentswahl am 23. Juli gewonnen, aber keine Mehrheit für sich als Regierungschef zustande gebracht. Sánchez hingegen konnte zusammen mit dem Linksbündnis Sumar sowie den katalanischen und baskischen Regionalparteien und einigen wenigen weiteren Abgeordneten für sich eine Mehrheit organisieren. Bedingung für diese Mehrheit war jedoch eine Amnestie für katalanische Separatisten, die u.a. einen Straferlass und einen Schuldenerlass für Katalonien in Höhe von 15 Milliarden Euro vorsieht (sog. Amnestiegesetz). Dieses Vorgehen lässt Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit in Spanien aufkommen und die Besorgnis entstehen, dass die Unabhängigkeit der spanischen Justiz untergraben werden könnte.



Am 30. September ist bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Slowakei die linkspopulistische Partei Smer stärkste Partei geworden. Ihr Vorsitzender, der ehemalige Ministerpräsident Robert Fico, wurde am 25. Oktober erneut zum Ministerpräsidenten gewählt.

Fico hatte sich bereits im Wahlkampf mit einer prorussischen Haltung profiliert. Dazu zählte seine Ankündigung, im Falle eines Wahlsiegs in der EU weitere Russland-Sanktionen wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine zu blockieren. Man befürchtete, dass neben dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nun noch ein weiterer Regierungschef die Prozesse in der Europäischen Union aufhalten könnte. Doch jedenfalls im Rahmen des geplanten 50-Milliarden-Euro-Hilfsplans der EU für die Ukraine lehnte Fico diese nicht kategorisch ab, sondern äußerte „lediglich“ Bedenken wegen Korruption. Haushaltsänderungen bedürfen jedoch der einstimmigen Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten, sodass der Plan bereits an Orbáns Ablehnung scheiterte.

Auch der 22. November war kein erfreulicher Tag für Europa. Der Sieg der PVV mit ihrem Spitzenkandidaten Geert Wilders bei der Parlamentswahl in den Niederlanden lässt die EU ein Stück weiter nach rechts rücken und macht alarmierend deutlich, dass sich der Rechts- bzw. Linkspopulismus in der EU weiter ausbreitet. Obwohl ein EU-Austritt der Niederlande aktuell als unwahrscheinlich gilt und auch noch unsicher ist, mit wem die PVV koalieren wird, hatte

Wilders bereits ein Referendum zum Austritt aus der EU angekündigt. In Brüssel stellt man sich daher schon auf mögliche Unruhen ein.



Dass es auch anders gehen kann, haben die Polinnen und Polen bei ihrer Parlamentswahl am 15. Oktober bewiesen. Das Ergebnis der Wahl spiegelte einen starken Wunsch nach einem deutlichen Kurswechsel wider. Außerdem zeigte die Wahlbeteiligung von 74 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung – die sogar höher war als 1989 –, dass sich die Menschen dem Rechtspopulismus und autoritären Tendenzen entgegenstellen können. Zwar wurde die zuvor regierende national-konservative PiS stärkste Kraft, die Opposition erreichte jedoch eine deutliche Mehrheit. Der bisherige Oppositionsführer Donald Tusk hatte bereits zu seinen obersten Prioritäten erklärt, das Verhältnis zur EU befrieden zu wollen, nun muss nur noch die Koalitionsbildung gelingen.



Nancy Pyplok (29) ist Rechtsreferendarin in Düsseldorf und leitet das Team EU im Internationalen Komitee. Ihr erreicht sie unter nancy.pyplok@julius.de



Bildnachweis: stock.adobe.com/M.Dörfler, Frommherz





WAS IST IN POLEN PASSIERT?

Am 15. Oktober 2023 fanden die Wahlen in Polen statt. Diesbezüglich stellt sich die Frage, was an einer Wahl so besonders ist. Die eine gleicht der anderen. Normalerweise ja, aber bei dieser Wahl in Polen stand sehr viel auf dem Spiel, nämlich die Demokratie.

Seit 2015 regierte die PiS-Regierung mit einer absoluten Mehrheit. Erst unter Beata Szydlo als Premierministerin und dann unter Mateusz Morawiecki konnte PiS die eigene rechtspopulistische Ideologie durchsetzen, ohne jede Furcht vor Konsequenzen. Durch Staatsverschuldung und Versprechen, die durch die neuen Schulden erfüllt wurden, konnte die Regierung genügend Anhänger gewinnen, um 8 Jahre lang die Demokratie und den Rechtsstaat abzubauen.

Das Problem mit dem ÖRR

Der ÖRR war eins der wichtigsten Instrumente der PiS-Regierung, da viele Menschen, vor allem die älteren, ausschließlich TVP gucken. Die Regierung nutzte die Plattform für eine subjektive Berichterstattung und zur Vermittlung der eigenen Denkweise. Zudem haben sie sie während der Wahlen und in der Wahlkampfzeit zur Werbezwecken durch das Einladen von nur PiS-Politikern zu Talkshows oder durch das öffentliche Bashing und die unseriöse Darstellung von anderen Parteien missbraucht.



Dorn im Auge der EU

Schon seit 2015 macht die PiS-Regierung Probleme und spielt nach eigenen Regeln. Ein sehr prominentes Beispiel dafür wäre der Tagebau Turow, wo Polen die Anordnung des EuGH ignorierte und weiterhin den Tagebau betrieben hat, obwohl er dem Grundwasserspiegel in der angrenzenden tschechischen Stadt Zittau drastisch schadet. Bei diesem Beispiel konnte man deutlich erkennen, dass PiS das Volk dauerhaft angehen hat, da das Einzige, was man bei TVP zu hören bekam, war: „Wir haben alles mit der tschechischen Regierung geklärt, es besteht kein Grund zur Sorge.“ Ein weiteres Beispiel, wieso Polen ein Dorn im

Augen der EU wurde, ist den einen oder anderen wahrscheinlich auch geläufig, da es die Demokratie in Polen massiv einschränkt – dabei rede ich natürlich von der Justizreform. Durch diese Reform sollte eine Disziplinarkammer für Richter geschaffen werden. Diese Kammer sollte in der Lage sein, richterliche Beschlüsse anzuzweifeln, Richter zu entlassen, zu versetzen oder abzustufen. Als wäre das nicht genug, sollte mit der Reform ebenso eine Disziplinarkommission für Politiker eingeführt werden, welche es sich zur Aufgabe machen sollte, russischen Einfluss in der Politik zu untersuchen und verdächtige Politiker aus dem öffentlichen Leben auszuschließen. Der EuGH verurteilte Polen dafür bis zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit zu einer Million Euro jeden Tag.

Das Kartenhaus fällt zusammen

Nichts kann ewig dauern und vor allem nicht das Anlügen und Wegnehmen der Grundrechte des eigenen Volkes. Bereits 2016 gingen die ersten Frauen auf die Straßen und kämpften für ihre Rechte. Ab 2020 gingen die Menschen auf die Straßen, weil die Regierung versucht hat, die Abtreibungsgesetze zu verschärfen. Am 1. Oktober 2023 fügte sich alles zusammen, die Wut auf die Regierung, die Angst um die Zukunft, der Wille

zu mehr Selbstbestimmung und einem Machtwechsel. Fast eine Million Menschen versammelten sich in den Warschauer Straßen und nahmen an dem „Marsz miliona serc“ teil.



Wie ist die Wahl ausgegangen und was ist bis jetzt passiert?

Als die ersten Hochrechnungen kamen, war schnell klar: Die Opposition hat gewonnen! Dann war erst mal für eine längere Zeit Stille, bezüglich der Wahlen verkündete Andrzej Duda erst fast einen Monat nach der Wahl am 6. November 2023, dass PiS als die Partei mit den meisten Stimmen zuerst die Möglichkeit bekommen wird, die Regierung zu bilden. Zum Glück kann man bereits jetzt sagen, dass dies nicht funktionieren wird, da die Opposition mit KO, Dritter Weg und Linke am 10. November bereits einen Koalitionsvertrag unterschrieben hat. Zuletzt wurde Szymon Holownia (Polska 2050/Dritter Weg) am 13.11.2023 zum Speaker des Sejms gewählt.



Oscar Chyra (18) ist Schüler an einem Gymnasium. Er selbst hat die ersten Jahre seines Lebens in Polen verbracht, weshalb ihm die Thematik sehr wichtig ist. Ihr könnt ihn unter oscar.chyra@julius.de kontaktieren.



DIE JULI

Ihr habt gewählt: Das sind unsere Stars des Jahres! Wir dürfen hiermit die ersten JuLi-Oscars feierlich verleihen:



Sparkassen-Marc
Lustige LaKo-Rede



Rhein-Erft Hütte
Innovativste Veranstaltung

2
0
2
3



Marco Buschmann aka MB-Sounds
aka unser Bundesjustizminister
Beste/-r Bundesminister/-in



Bildnachweis: stock.adobe.com/yna

OSCARS

SPECIAL

Bildnachweis: reddit.com/Outspassant/de



GEG

Dümmster Gesetzesentwurf

Mann im Dirndl auf der 100. LaKo Party
Stimmungsmacher auf jeder JuLi-Party




LIKE



Bezirksverband OWL & Kreisverband Dortmund
Bester Instagram-Auftritt der Untergliederungen

! Abgestimmt wurde über den Instagram Account der Jungen Liberalen NRW. Bei der Abstimmung konnte jede Person, die über einen Instagram Account verfügt, eine Stimme abgeben. Es wurde nicht berücksichtigt, ob die Stimme von einem Mitglied der JuLis NRW abgegeben wurde oder nicht.



„Was wir von europäischen Schulen lernen können.“

Bildnachweis: stock.adobe.com/studio v-zwoelf

Spätestens beim letzten Landeskongress in Neuss ist für jeden spürbar geworden, dass die Europäische Union für die Jungen Liberalen eine zentrale Rolle spielt, auch hier in NRW. Das Geeintsein unter den Mitgliedstaaten hat für uns Europäer seit der Gründung der ersten europäischen Zusammenarbeit zu unzähligen gesellschaftlichen wie auch wirtschaftlichen Entwicklungen und Privilegien geführt. Zu selten aber wird im Zusammenhang mit der europäischen Union über Bildung gesprochen. Etwa über Schulen, welche sich nicht nur einem europäischen Land zuschreiben, sondern Teil der gesamten Union sind und gegenseitig voneinander profitieren. Tatsächlich gibt es schon lange derartige Konzepte, sogenannte europäische Schulen.

Grundlegend sind europäische Schulen gemeinsam mit der Europäischen Union und den nationalen Regierungen der jeweiligen

Sitzländer gegründete Schulen. Von ihnen existieren bisher insgesamt nur 13 Einrichtungen in sechs Mitgliedstaaten, die erste Schule wurde 1953 in Luxemburg gegründet. Für die maximale Souveränität stellen die Länder selbst das Personal und die Räumlichkeiten, weshalb sie auch rechtlich betrachtet als Schulen der jeweiligen Sitzländer gelten. Der Vorreiter ist Belgien mit vier solchen EU-Schulen in Brüssel. Auch Deutschland selbst darf drei EU-Schulen verwalten.

Nun stellt sich berechtigterweise die Frage, welchen Unterschied es denn macht, ob ein Kind auf die normale öffentlich-rechtliche Schule des Landes oder auf die europäische Schule geht, die ebenso vom Heimatland verwaltet wird. Die entscheidende Abgrenzung machen hier die Zielsetzung und die Didaktik, welche das Wesen des europäischen Schulmodells darstellt. Nicht nur das Erlernen

von Fremdsprachen neben der Muttersprache steht im europäischen Klassenraum im Vordergrund, sondern auch die verstärkte Vernetzung unter Gleichaltrigen aus verschiedenen EU-Ländern. Nichtsdestoweniger ist die Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen Identität von zentraler Bedeutung für europäische Schülerinnen und Schüler. Hierbei ist das Ziel keineswegs, sich aufgrund kultureller Ungleichheiten voneinander abzugrenzen, es ist vielmehr ein enger Austausch zwischen Kulturen und Nationen gemeint, der rassistische Vorurteile bekämpfen und stattdessen Toleranz und Interesse gegenüber anderen Nationen fördern will. Resultierend aus den Zielsetzungen ist ein zentrales Motiv des europäischen Unterrichts die Verteidigung der Demokratie.

Um diese Ziele verwirklichen zu können, ist die Schullaufbahn an europäischen Schulen grundsätzlich multilingual aufgebaut. Hierfür

lernen die Schüler neben ihrer Muttersprache mindestens zwei weitere Fremdsprachen, die in Form von anderen Fächern in den jeweiligen Sprachen – vergleichbar mit bilingualen Fächern in Deutschland – im Unterricht etabliert werden. Dieses Konzept fördert nicht nur die Sozialkompetenz, auch beruflich haben Sprachkenntnisse immer mehr an Bedeutung gewonnen und scheinen mit den Jahren noch viel wichtiger zu werden: ein großer Vorteil also auch für das Individuum selbst gegenüber herkömmlichen Schulen.

Warum also nicht gleich alle Kinder und Jugendlichen europäisch unterrichten lassen? Die Ziele hören sich zumindest vielversprechend an. Nichtsdestotrotz ernüchtert ein Blick auf die aktuelle Lage der europäischen Schulen. Denn bei Weitem nur ein kleiner Teil der jungen Europäer hat die Möglichkeit, eine solche Schule zu besuchen.

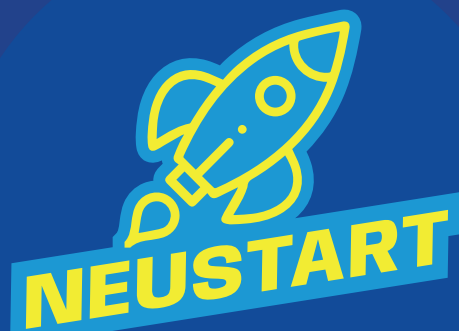
Folge der internationalen Facetten des Schulwesens sind, dass die Standorte vorzugsweise in großen Städten gewählt werden, die auch noch – wie im Fall von Brüssel – einen europäischen Bezug haben. Bisher liegen alle 13 europäischen Schulen, mit Ausnahme von Spanien, in den fünf Gründungsländern der EU. Werden jedoch ländliche Regionen, die fernab von Orten des Weltgeschehens sind, nicht berücksichtigt, besteht die Gefahr einer immer größeren Ungleichheit zwischen Metropole und Gemeinde. Denkt man an junge Menschen, die nur aufgrund ihrer geografischen Lage benachteiligt sind, schadet das nicht nur ihnen selbst, sondern auch der politischen Partizipation, die jede und jeder zu praktizieren hat.

In der Realität ist es wohl unwahrscheinlich, dass sich ein derartiges europäisches Schulkonzept weitgehend durchsetzen wird, solan-

ge die Schulen weiterhin fast ausschließlich als Schulen für Kinder von Mitarbeitern in europäischen Einrichtungen genutzt werden. Dennoch können wir viel aus den Grundprinzipien der europäischen Schulen für unsere Schulen ziehen. Denn es ist klar, dass die Ziele und die didaktischen Besonderheiten nicht nur für die individuellen beruflichen Perspektiven der Schülerinnen und Schüler bereichernd sind. Sie sind schlichtweg unabdingbar für den Erhalt der EU und der Demokratie in der Zukunft. In Zeiten sich zuspitzender Krisen, die dem Vertrauen in die Demokratie schaden und Rassismus fördern, braucht es solche Erfahrungen und Werte, die die junge Generation motivieren, eine demokratische und liberale Europäische Union zu gestalten. Ganz gleich, welchen Namen die Schulform trägt.



Michael den Hartog (19)
studiert Jura an der Universität
Osnabrück und ist Mitglied im
Vorstand der Jungen Liberalen
Münsterland.



Freien Handel nicht in Ketten legen - auch nicht Lieferkettengesetze

Die Globalisierung und der freie Handel sind seit jeher Garanten für wirtschaftlichen Wohlstand, Wachstum in strukturschwachen Regionen und ein friedliches Miteinander der Nationen. Wer wirtschaftlich voneinander abhängig ist, schießt nicht aufeinander. Wer Freihandel fördert, fördert den Frieden auf der Welt und lässt ärmere Regionen wachsen. Lieferkettengesetze widersprechen hingegen dem offenen Geist des Freihandels – egal, wie sie konkret ausgestaltet sind.

In diesem Sinne ist auch das Lieferkettengesetz der Europäischen Union 2023 abzulehnen. Weil es mehr Bürokratie schafft und die Wirtschaft hemmt, weil es auf europäische Konzerne zugeschnitten ist und kleine Unternehmen im Nicht-EU-Ausland bevorteilt und weil es ein weiterer Ausdruck des Regulierungs- und Abschottungsgeists der Europäischen Union ist, der nie falscher war als jetzt.

Bürokratische Fesseln statt unternehmerischer Freiheit

Das Lieferkettengesetz bringt eine Flut von bürokratischen Anforderungen mit sich, die Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, erheblich belasten. Die Dokumentationspflichten und Überwachungsmechanismen könnten zu einem enormen Verwaltungsaufwand führen, der die unternehmerische Freiheit einschränkt. Dies steht im Widerspruch zu den liberalen Prinzipien, die auf Eigenverantwortung und Selbstregulierung setzen.

Auch wenn das Lieferkettengesetz in der EU nur für große Unternehmen gilt – die Handelspartner in Westafrika oder Südamerika haben ebenso Nachweispflichten und bürokratische Anforderungen zu erfüllen. Nur ist zu bezweifeln, dass die äthiopischen Handelspartner von Tchibo jenen Anforderungen nachkommen werden.

Einheitslösungen passen nicht für alle

Jeder Wirtschaftszweig und jedes Unternehmen ist einzigartig, mit eigenen Herausforderungen und Strukturen. Ein starres Lieferkettengesetz wird unflexible Vorgaben schaffen, die nicht zu den unterschiedlichen Bedürfnissen der Unternehmen passen. Stattdessen sollte auf branchenspezifische Lösungen und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen gesetzt werden, um sozialverantwortliche Praktiken zu fördern. Auch freiwillige Selbstverpflichtungen von Unternehmensverbänden sind im Zweifel immer einem von Beamten gemachten Lieferkettengesetz vorzuziehen.

Gefahr von Handelshemmnissen

Das Lieferkettengesetz wird Handelshemmnisse schaffen und europäische Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteiligen. Die Einhaltung der komplexen Vorgaben könnte zu höheren Produktionskosten führen, die letztendlich natürlich den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebürdet werden, was mittelbar auch die Inflation im Euro-Raum

anheizen wird. Dies könnte dazu führen, dass europäische Produkte auf dem Weltmarkt weniger wettbewerbsfähig sind. Und das spielt wiederum unmittelbar Systemrivalen in die Hände.

Fehlende Anreize für positive Veränderungen

Wir Jungen Liberalen sind der Überzeugung, dass positive Veränderungen – sei es das Einhalten moderner Umweltstandards oder soziale Aspekte – am besten durch Anreize und Zusammenarbeit erreicht werden können anstatt durch regulatorische Zwangsmaßnahmen. Anstatt Unternehmen zu bestrafen, sollten Anreize geschaffen werden, um sozialverantwortliches Handeln zu fördern. Dies könnte durch steuerliche Anreize, Zertifizierungen oder andere Anreizmechanismen erreicht werden. Und am Ende sind es die Konsumentinnen und Konsumenten, die ein besseres Bewusstsein entwickeln müssen. Verantwortung einseitig auf Unternehmen zu verlagern kann nicht der richtige Weg sein.

Globale Zusammenarbeit statt isolierter Maßnahmen

Probleme in globalen Lieferketten erfordern globale Lösungen. Die EU sollte sich darauf konzentrieren, mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um weltweit faire und nachhaltige Produktionsbedingungen zu fördern. Isolierte Maßnahmen könnten dazu führen, dass europäische Unternehmen auf internationaler Ebene benachtei-



ligt werden und die gewünschten Verbesserungen nicht erreicht werden. Handeln aufstrebende Regionen nicht mehr mit Unternehmen aus der EU, werden Räume frei für China und Russland – dass die sich für die Umwelt, soziale Herausforderungen und faire Arbeitsbedingungen interessieren, ist nicht diskussionswürdig.

Friedrich Hayek betonte stets die Unmöglichkeit zentraler Planung und die Begrenztheit menschlichen Wissens. Ein Lieferkettengesetz, das auf zentralisierte Kontrolle setzt, ignoriert diese fundamentalen Einsichten. Es ist unmöglich, alle Facetten globaler Lieferketten bis ins Einzelne zu erfassen und zu reglementieren. Wer denkt, er wisse, wie man Lieferketten richtig reguliert, spinnt.

Ethische Verantwortung aus Überzeugung

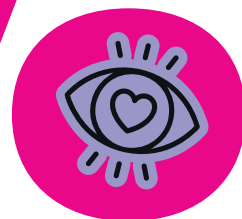
Adam Smiths Konzept der „unsichtbaren Hand“ verdeutlicht, dass individuelles Streben nach Eigeninteresse oft zum Wohl der Gesellschaft führt. Ein Lieferkettengesetz könnte das Vertrauen in diese natürliche Ordnung untergraben, indem es vorschreibt, was als sozial verantwortlich betrachtet wird.

In einem liberalen Geist sollten wir die Freiheit, Verantwortung und den Fortschritt als Triebkräfte für positive Veränderungen fördern. Ein Lieferkettengesetz der EU, so gut es auch gemeint sein mag, könnte die Balance zwischen diesen Prinzipien stören und langfris-

tig mehr Probleme schaffen, als es zu lösen verspricht. Lasst uns dafür eintreten, dass ethische Verantwortung aus Überzeugung entsteht und nicht durch Zwang auferlegt wird. Denn wahre Freiheit, Verantwortung und Fortschritt kommen aus einem inneren Antrieb, nicht aus externen Regelungen.



Torben Hundsdoerfer (20) ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe und studiert Jura in Bielefeld. Er liebt Bücher, Kaffee, liberale Philosophen, Taylor Swift und Bob Dylan. Ihr erreicht ihn unter torbenhundsdoerfer@julis.de



Ein Jahr voller Ereignisse: Unsere Organisation im Fokus

Ein äußerst lebhaftes und ereignisreiches Jahr neigt sich langsam dem Ende zu, geprägt von zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen, spannenden Referenten und gemeinsamen Fahrten. In diesen zwölf Monaten haben wir nicht nur viel unternommen, sondern auch intensive Gespräche und Debatten geführt, wodurch wir als Verband noch stärker zusammengewachsen sind.

Zum Jahresabschluss erwartet uns am 2. Dezember das letzte Highlight: unsere Weihnachtsfeier in Köln auf dem festlichen „Weihnachtsmarkt Nikolausdorf“. In dieser atmosphärischen Kulisse lassen wir das Jahr ausklingen und werfen einen Blick auf die bevorstehenden Herausforderungen.



Das kommende Jahr verspricht aufregende Zeiten, insbesondere der bevorstehende Wahlkampf und die Europawahl im Juni werden uns herausfordern. Den Auftakt für das Jahr 2024 markiert unsere Kreisverbandskonferenz am 13. Januar mit einem anschließenden Neujahrsempfang in der Düsseldorfer Altstadt. Als Hauptredner für unseren Empfang konnten wir unseren Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann gewinnen – reserviert euch also diesen Tag, um gemeinsam mit uns ins neue Jahr zu starten.

Die Jungen Liberalen leben von eurem Engagement, dem politi-

schen Austausch und lebhaften Diskussionen. Daher ermutigen wir euch, zahlreich an unseren Veranstaltungen teilzunehmen! Möchtet ihr wissen, wie ihr über unsere Termine informiert werdet und euch zu den Veranstaltungen der JuLis NRW anmelden könnt? Zu Beginn jedes Monats wird der Orga-Newsletter versendet, der euch einen Überblick über die aktuellen Veranstaltungen des Monats bietet. So erhaltet ihr rechtzeitig alle Informationen, um eure Teilnahme planen zu können. Alternativ könnt ihr euch auch auf unserer Website unter der Rubrik „Termine“ informieren und anmelden.

Ich hoffe, dass ihr auch im kommenden Jahr genauso engagiert bleibt wie in diesem, und freue mich bereits jetzt darauf, euch bei den kommenden Veranstaltungen zu sehen!

Die programmatische Arbeit schläft nie

Für das neue Programmatik-Team ist die Amtszeit arbeitsreich gestartet: Klausurtagung, Bundeskongress, Landesparteitag, zwei Sitzungen des erweiterten Landesvorstands und eine des erweiterten Bundesvorstands in den ersten neun Wochen. Nur wenig Zeit blieb zum Einarbeiten, direkt musste das Team „sprechfähig“ – wie man so schön sagt – sein. Beim Landesparteitag konnten wir alle unsere Änderungsanträge im Leitantrag erfolgreich unterbringen und ein Antrag von uns wurde in der dann

doch wieder knapp gewordenen Zeit der Antragsdebatte mit überwältigender Mehrheit angenommen: „Ja zum Taser – schwarz-grüne Blockade beenden“ – damit treiben wir die Landesregierung vor uns her. Sie lässt unsere Polizistinnen und Polizisten im Stich, weil grüne Bremsen eine erfolgreich abgeschlossene Evaluation in eine zweite Runde schicken, in der Hoffnung, sich so vor einer Entscheidung drücken zu können. Mit diesem Beschluss verstärken wir das Fundament unserer inhaltlichen Überzeugung, um seriöse, konstruktive Kritik üben zu können. Um zu zeigen, dass eine Landesregierung mit liberaler Beteiligung mehr für die Bürger in unserem Land erreichen kann.



Neben diesen nach außen sichtbaren Arbeitsergebnissen arbeitet das Programmatik-Team auch viel unter der „Motorhaube“: Die Ausschreibung der Landesarbeitskreise wurde angestoßen. Ein neues Amtsjahr bietet für die LAKs eine neue Gelegenheit, die inhaltliche Arbeit des Landesverbands auch abseits der Schwerpunkte des Programmatik-Teams zu gestalten und starke eigene Akzente zu setzen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Bald werden wir in die Erarbeitung eines neuen Leitantrags für unseren nächsten Landeskongress starten.

Mein Dank gilt vor allem meinen Beisitzern, Anna Heimann und Denis Schmidt, nur gemeinsam konnten wir so viel in so kurzer Zeit bewegen.

Offene Probleme und offene Briefe

Die FDP NRW ist eine kleine Oppositionskraft. Sie besitzt in der Presse ein anderes, naturgemäß kleineres Gewicht als zu Regierungszeiten. Selbiges gilt, in deutlich abgeschwächter Form, auch für uns Junge Liberale. Einige SMS der letzten Wochen wurden nicht oder nur mit einem freundlichen „Danke“ beantwortet, welches eigentlich „Sie kommen nicht in die Presse“ heißen sollte.

Ein Thema überschattet für gewöhnlich immer den tagespolitischen Diskurs. Lange Zeit war dieses Thema die Corona-Politik. Ein Segen für die FDP. Dann war es die

Klimapolitik. Leider kein Segen für die FDP. Nun ist es die Migrationspolitik, die ein Segen für CDU und FDP sein könnte, wenn sie denn zusammen koalieren würden. Die schwarz-grüne Koalition ist mehr als zerstritten in Fragen des konsequenten Abschiebens. Für die Grünen ist der Begriff „Clans“ potenziell diskriminierend. Dabei sind sie nicht nur potenziell, sondern ganz real eine Zumutung für unseren Rechtsstaat. Für die Grünen sind Abschiebungen „ein aufgebauschtes Problem“ für Kommunen. Dabei ist dies die zentrale Frage.

Daher haben wir einen offenen Brief veröffentlicht, der sich gewaschen hat. In NRW, so ehrlich muss

man sich machen, ist Integration oftmals fehlgeschlagen. Viele Kinder sprechen zur Einschulung kein Wort Deutsch. Ein riesiger Chancen-Killer. Auch haben uns die Bilder der Sharia-Demos in Essen sehr schockiert. Der Rechtsstaat ist nicht nur von rechts und links in Gefahr, sondern auch von radikal-islamischen Kräften.

Darüber hinaus setzen wir so stark auf Reels wie nie zuvor in der Öffentlichkeitsarbeit. Mein Dank gilt Filip und Erik, die einen extrem zuverlässigen und herausragenden Job machen!



PRESSE



Lützi: Der Spielplatz für bürgerliche Kids mit linksextremer Veranlagung – eine (jung)liberale Betrachtung

Zu Beginn des Jahres blickte die Welt für einen kurzen Moment auf das beschauliche Dorf Lützerath, welches im Stadtgebiet Erkelenz liegt und somit im Kreis Heinsberg. Dieser Kreis erlangte schon traurigerweise Bekanntheit, als Ende Februar des Jahres 2020 der erste Corona-Fall in NRW zu verzeichnen war und dieser Kreis zum deutschlandweit ersten Hotspot erklärt wurde. Nun erlangte die Räumung Lützeraths die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Kampf gegen den Tagebau Garzweiler II seinen historischen Höhepunkt und gleichzeitig sein Ende. Die Frage, ob für Energiegewinnung im Jahre 2023 noch der Abbau von Braunkohle nötig ist, spaltet und erhitzt die Gemüter.

I. Das beschauliche Dörfchen und der böse Schaufelradbagger?

Eine weit verbreitete und falsche Annahme, dass Lützerath ein florierendes Dorf ist, das nun von RWE und ihren Schaufelradbaggern bedroht wird, wurde insbesondere medial so transportiert. Der öffentliche Diskurs wurde von dem Glauben dominiert, dass ein Dorf mit zwei Straßen die klimapolitische Front Deutschlands darstellt. Dass Lützerath seinen Höhepunkt im Jahre 1970 mit 105 Einwohnern hatte und bereits 2021 nur noch elf Bewohner beheimatete, wurde gekonnt ausgeblendet. Lützerath war bei bestem Willen ein Weiler und kein Tausend-Seelen-Dorf. Liebe Grüße an die Qualitätsmedien des ÖRR!

II. Lützi in jüngster Vergangenheit

Lützi, wie der Ort in unserer Heimat von ortsfremden Aktivisten genannt wurde, ist seit Beginn des Jahres das nunmehr letzte Opfer der NRW-Kohlepolitik und der letzte Ort, der Baggern von Rheinbraun zum Opfer fiel. Zwar längst in RWE aufgegangen, spricht man vor Ort trotzdem weiterhin von Rheinbraun. Lützeraths letzte Familie – gute Freunde von Christian – verließ Lützerath im Dezember 2020. Schon in den Jahren zuvor wurde das Dorf Schauplatz und Heimat vieler Aktivitäten von Klimaaktivisten. Über die Jahre hinweg zogen

die letzten Bewohner Lützeraths – darunter Ältere, Landwirte und Familien – weg und das Dorf wurde die Hochburg von linksradikalen Aktivisten. Auffallend war, dass sich die Bewohner der umliegenden Dörfer vermehrt von den Demonstrationen fernhielten und der Aktivismus gegen den Abbau Lützeraths durch zugezogene, gar nicht aus der Region stammende Berufsaktivisten übernommen wurde. Der Ton wurde schärfer, die Wortwahl befremdlicher und der Aktivismus radikaler. Die ehemaligen Wohnhäuser wurden vermehrt mit politischen Schmierereien verziert: „ACAB“, „Patriarchat überwinden“ und „decolonize climate justice“ gehören noch zu den

harmlosen Aussprüchen. Dort, wo sich viele Linksradikale tummeln, ist der Antisemitismus meistens nicht weit entfernt: Neben den glasklar linksradikalen Symbolen gab es auch pro-palästinensische Propaganda zu sehen. Dass Antisemitismus und linksradikaler Klimaaktivismus Hand in Hand gehen, beweist dieser Tage Oberschulschwänzerin und Anti-Zionistin Greta Thunberg besonders prominent. Kein Wunder, dass sie sich gerne in Lützerath ablichten und im Januar abführen ließ. Für die Räumung Lützeraths wurden sogar Pflastersteine aus dem Boden gerissen, um sie als Wurfmaterial zu nutzen. Lützerath ist für das Weltklima nicht kriegsentscheidend.



Diesem seelenlosen und von Aktivisten okkupierten Dorf wurde lediglich ein symbolischer Wert beigemessen.

III. #Lützibleibtnicht – und jetzt?

Wie zu erwarten, war die Räumung Lützeraths keine auf Freiwilligkeit beruhende Aktion. Mit einem polizeilichen Großaufgebot und einer klugen Einsatzführung konnte das Dorf geräumt werden. Feuerwerkskörper, Steine und Molotowcocktails flogen in Richtung der Polizei und es kam zu unschönen Szenen. Als Junge Liberale Kreis Heinsberg war für uns immer klar: Die Räumung Lützeraths ist Ausdruck einer effektiven Rechtsdurchsetzung und eines funktionierenden Rechtsstaats, dem wir uns verpflichtet fühlen. Für heimatverbundene Jungliberale stellte der Tagebau Garzweiler II seit jeher ein Problem dar, denn mit ihm einher gingen der Verlust von fruchtbarem Boden und die Zerstörung traditionsreicher Dörfer. Selbstverständlich ist der Verlust von Heimat immer schwer, dennoch sollte nie vergessen werden, dass die Bedeutung Lützeraths allgemein überschätzt wurde. In Anbetracht einer fragilen außenpolitischen Lage und einer energiepolitisch ungewissen Zukunft erscheint es uns vernünftig, das Kohlevorkommen unter Lützerath sinnvoll zu nutzen. Nichtsdestotrotz sollte nach Lützerath der Schlussstrich gezogen werden. Hinweise aus Reihen der FDP, die den Kohleausstieg jetzt wieder infrage stellen, gefährden den sozialen Frieden hier vor Ort. Nach Jahrzehnten haben wir endlich Gewissheit über die Grenzen des Tagebaus. Dazu sind wir nun endlich die Krawalltouristen und Klimaaktivisten aus aller Herren Länder los, die ganze Ortsteile



Bildnachweis: Christian Sondern

okkupiert hatten. Außerdem stehen wir jetzt vor der zusätzlichen Herausforderung, fünf Dörfer wieder zu ertüchtigen, die eigentlich abgebaggert werden sollten. Die neuen Ortschaften stehen schon, viele sind schon umgesiedelt und haben neue Dorfgemeinschaften gebildet. Wir Jungen Liberalen Kreis Heinsberg sind ein dezidiert Pro-Atomkraft-Kreisverband. Debatten über die weitere Nutzung der Kohle verbieten sich, solange man sich als liberale Partei nicht konsequent für den Wiedereinstieg in die Atomkraft einsetzt. Denn klar ist: Hätte Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig gemacht, wäre Lützerath ein weiterhin bestehender Ort. Für uns gab es und gibt es eine unumstößliche Haltung: Die Jungen Liberalen Kreis Heinsberg werden sich für jeden Meter Land ihrer geliebten Heimat, den man erhalten kann, mit aller Kraft einsetzen und die Arbeit der schwarz-grünen Landesregierung diesbezüglich kritisch beobachten.



Christian Sondern (21) studiert Rechtswissenschaften an der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Universität de Lausanne (Schweiz). Er ist stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Kreis Heinsberg und ist dort für die programmatische Ausrichtung des Kreisverbandes zuständig und stammt aus dem Nachbardorf Holzweiler. Ihr erreicht ihn unter christian.sondern@gmx.de



Marcel Marks (30) arbeitet als Kaufmann im Einzelhandel. Er ist ebenfalls stellvertretender Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Kreis Heinsberg und ist für die Finanzen zuständig. Er stammt aus dem bereits abgebaggerten Nachbardorf Immerath. Ihr erreicht ihn unter marcel.marks@julius.de



„Lasst uns die Deutungshoheit der AfD brechen“



20, 21, 22. Die Wahlforscher ermitteln derzeit Rekordumfragewerte für die sogenannte AfD. Die Aufregung ist groß. Wie umgehen mit einer Partei, die Menschen wie Björn Höcke als Führungsfiguren hat? Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene? Thüringische Steuersenkung mit AfD-Stimmen? Alerta, alerta?

Das wiederkehrende Leidensthema

Was reden wir nicht schon seit Jahren über die AfD. Verständlich ist die Reaktion, dass wir nun endlich einfach mal Probleme lösen sollten, anstatt ständig über den Umgang mit einer Partei zu diskutieren, mit der nicht zusammenzuarbeiten ist. Doch müssen wir uns vor dem Hintergrund des derzeit massiven Erfolgs der AfD und den bevorstehenden Landtagswahlen im Osten selbst hinterfragen, ob wir uns nicht mit unserer bisherigen Umgangsstrategie klein gemacht und zu vielen Menschen, die längst nicht rechtsradikal sind, keine politische Heimat mehr geboten haben. Die mehrdimensionale Zeitenwende zeigt doch derzeit eins: Linke Politik ist gescheitert. Und profitieren davon tut eigentlich nur die AfD.

Die gescheiterte Isolierungsstrategie



Viele tanzen um die AfD herum wie Neandertaler um das Feuer: Die AfD fordert etwas? Halt, fordern wir das auch!? Dann fordern wir es ab sofort nicht mehr! Denn wir möchten unter keinen Umständen mit den Demagogen von ganz rechts in Verbindung gebracht werden.

Diese einschüchternde Kontaktschuld, die die linken Parteien geradezu zelebrieren, führte bislang dazu, dass sich die Parteien rechts

der Mitte messerscharf von der AfD abgrenzen und sie politisch hermetisch isolieren. Nicht einmal ein Parlamentsvizepräsident oder eine -vizepräsidentin wird der AfD im Bundestag zugebilligt.

Ziel dieser Isolierungsstrategie ist ganz offensichtlich, dass die AfD keinen politischen Einfluss gewinnt. Wenn man sich das Ganze auf dem Papier anschaut, gelingt das sicherlich auch. Die AfD übt nirgendwo Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren aus. Wenn sie es doch einmal tut, ist der Aufschrei ohrenbetäubend. Das befriedigt erst einmal das innere Gewissen, weil wir uns einbilden, damit einen Schutzwall gegen den Rechtsextremismus zu bilden.

Auf den zweiten Blick erweist sich dieser Umgang jedoch als völlig kontraproduktiv. Denn mit dieser Isolierungsstrategie wirkt der Einfluss der AfD nun nicht direkt über Gesetze, sondern indirekt über Positionsverschiebungen der (Mitte-rechts-)Parteien gen links. Wie ich schon oben mit dem Neandertaler-Feuer-Gleichnis angedeutet habe, wird ein Argument nicht mehr zuerst inhaltlich bewertet, sondern es wird an erster Stelle ein Gesinnungsvergleich durchgeführt: Wird diese Position denn auch von der AfD vertreten?

Die Deutungshoheit der AfD

Das ist nicht nur für die Diskus-

sionskultur schädlich, weil es eben nicht mehr vorrangig um die Sache geht, sondern Ergebnis ist eine riesige Deutungshoheit für die AfD. Nämlich die Deutungshoheit darüber, was nun eigentlich als politisch legitim gilt und was nicht. Die AfD ist sich dessen bewusst und spielt diese Deutungshoheit klug aus. Sie besetzt teilweise Positionen, die vor ihrem Sein überhaupt nicht illegitim waren. Und damit zwingt sie vor dem Hintergrund der Isolierungsstrategie Parteien nach links, Bürgerinnen und Bürger in die politische Heimatlosigkeit.

Ergebnis dessen ist, dass der politische Raum, den die AfD nach eigenem Gutdünken besetzt, infiziert ist und Regierungen ohne linke Parteien kaum mehr möglich sind. Ich starte damit freilich keinen Aufruf zur Zusammenarbeit mit der AfD. Denn mit einer teils rechtsextremen Partei, die von Menschen wie Björn Höcke gelenkt wird, ist für Liberale keine Zusammenarbeit zu machen. Doch krankt die Diskussion über den Umgang mit der AfD nicht an der Feststellung, ob mit ihr zusammengearbeitet werden sollte. Sie krankt an der Frage, wie man sich von ihr abgrenzen sollte. Wendet man weiter jene Isolierungsstrategie an, leidet das eigene liberale Profil darunter ganz erheblich.

Deshalb darf man sich nicht mehr von der AfD treiben lassen. Die Forderung beispielsweise, eigene



Bildnachweis: stock.adobe.com/stockphoto-graf

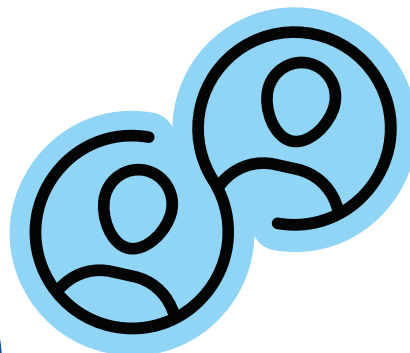
Gesetzentwürfe zurückzuziehen, nur weil die AfD mit Zustimmung droht, ist grotesk. Insbesondere Menschen, die sich dem Mitte-rechts-Spektrum zuordnen, verzweifeln zu Recht daran, wenn vernünftige Vorhaben scheitern, nur weil „die Falschen“ auch dafür sind. Nicht die AfD darf die Punkte setzen, auf die dann die restlichen Parteien reagieren. Sondern wir

müssen die Punkte setzen und die AfD kann dann daraus machen, wozu sie Lust hat. Jegliche Einflussnahme der AfD verhindern zu wollen ist unmöglich, insbesondere wenn sie wie in Ostdeutschland derzeit ein Drittel der Wählerinnen und Wähler auf sich vereinigt. Willkommen in der Realität. Und selbstverständlich bedeutet das Einfluss für die AfD. Aber Einfluss

hat sie so oder so. Es geht hier um eine Abwägung: Billigen wir der AfD indirekten Einfluss durch die Besetzung von legitimen Ansichten zu, die dann liberale Parteien nicht mehr vertreten dürfen, oder brechen wir endlich die Deutungs-hoheit der AfD und konzentrieren uns auf unsere eigenen Vorhaben?



Carlo Hörmandinger (20)
studiert Rechtswissenschaften
an der Universität Heidelberg
und arbeitet als studentischer
Mitarbeiter für Marc Lürbke.





Europa – der Garant für die Freiheit

Liebe JuLis,

die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kann Deutschland nicht allein meistern. Als Liberale kämpfen wir für Demokratie und Rechtsstaat, für die soziale Marktwirtschaft und Bürgerrechte. All das schaffen wir besser in einem starken, selbstbewussten Europa. Hier möchte ich Euch einen Überblick über meine Beiträge zu diesem liberalen Europa in den vergangenen fünf Jahren geben.

Rechtsstaatlichkeit schützen

Seit meiner Wahl ins Europäische Parlament ist die Stärkung des Rechtsstaats Schwerpunkt meiner politischen Arbeit. Als Verhandlungsführer der liberalen Fraktion Renew Europe ist es mir nach jahrelangen Verhandlungen gelungen, den Rechtsstaatsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts zu etablieren. Trotzdem hat sich die EU-Kommission lange vor der Anwendung des Mechanismus gestäubt, obwohl Staaten wie Polen und Ungarn EU-Werte weiter mit Füßen getreten haben. Entsprechend habe ich erfolgreich durchgesetzt, dass das Parlament die EU-Kommission wegen Nichthandelns vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Aufgrund dieses Drucks hat die EU-Kommission letzten Endes 138 Mrd. Euro an Polen und Ungarn zurückgehalten, um diese zur Einhaltung der europäischen Rechtsstaatsprinzipien zu bewegen.

Solide EU-Finzen sicherstellen

Die EU braucht zuverlässige Investitionsmöglichkeiten in Politikbereichen mit europäischem Mehrwert. Dass es dafür keine neuen Schulden oder Steuern braucht, zeige ich in meiner Arbeit im Haushaltsausschuss. Mit regelmäßigen Umschichtungsvorschlägen habe ich hier deutlich machen können: Zukunftsinvestitionen und generationengerechte

18x Verhandlungsführer der Fraktion

166x Entschließungsanträge eingebracht

185x Parlamentarische Anfragen gestellt

70x Plenarreden gehalten

- Einen Rechtsstaatsmechanismus für den EU-Haushalt etabliert, um EU-Gelder zurückhalten zu können, wenn die Gefahr besteht, dass diese missbräuchlich verwendet werden
- Er kämpft, dass Ungarn und Polen 138 Mrd. Euro an EU-Mitteln nicht erhalten, solange sie europäische Rechtsstaatsprinzipien ignorieren
- Durch Umschichtungen nichtgenutzter Subventionsmittel im EU-Haushalt zusätzliche Zukunftsinvestitionen von über 1.250 Mio. Euro in den Bereichen Digitalisierung und Forschung durchgesetzt
- Erfolgreich verhandelt, dass innerhalb der EU die grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung in Zukunft schneller und effizienter organisiert wird
- Datenschutzverstöße amerikanischer Unternehmen aufgedeckt und TikTok-Verbot auf europäischen Diensthandys erreicht

Solidität gehen zusammen. Und trotzdem sind Budgeterhöhungen für die wirklich wichtigen Projekte möglich.

So konnte ich erfolgreich Investitionen für die europäische Korruptionsbekämpfung, das Forschungsprogramm Horizon Europe, Erasmus+ und die europäische Verteidigungspolitik durchsetzen. Als Verhandlungsführer für die Überarbeitung der EU-Haushaltsordnung konnte ich eine starke Parlamentsposition gegen den Missbrauch von EU-Geldern durchsetzen.

Bürgerrechte stärken

Der Einsatz für Bürgerrechte hat eine besondere Priorität meiner Arbeit. Besonders der Schutz privater Daten muss immer wieder verteidigt werden. Beim EU-US Datenschutzabkommen „Privacy Shield“ konnte ich aufdecken, dass zahlreiche US-Firmen sich nicht an die gesetzlich vorgeschriebenen Auskunftspflichten halten. Beim Digital Services Act konnte ich als Verhandlungsführer der liberalen Fraktion im Innenausschuss erfolgreich durchsetzen, dass keine verpflichtenden Uploadfilter oder Verschlüsselungsverbote eingeführt werden. Auch beim Kampf gegen Kindesmissbrauch durch Chatkontrollen ist es mein Bestreben, den Schutz der Kinder europaweit zu verbessern und gleichzeitig die Wahrung der europäischen Grundrechte sicherzustellen.

Innere Sicherheit garantieren

Straftäter machen nicht an Staatsengrenzen halt. Um grenzübergreifendes Unrecht einzudämmen, konnte ich erfolgreich Erhöhungen im EU-Haushalt für die innere Sicherheit durchsetzen, insbesondere für die europäische Polizeibehörde Europol. Als Verhandlungsführer der liberalen Fraktion für die E-Evidence Verordnung ist es mir gelungen, die grenzüberschreitende Polizeikooperation bei der Sicherung von digitalen Beweismitteln erheblich effizienter zu gestalten und grundrechtswidrige Datenzugriffe zu verbieten.

Spionageangriffe verhindern

In meiner Rolle als stellvertretender Vorsitzender des Pegasus-Untersuchungsausschusses habe ich mich dafür eingesetzt, die Hintergründe illegaler Spionageangriffe auf Politiker und Journalisten in der EU aufzudecken. Es ist parteiübergreifend gelungen, konkrete Reformvorschläge zu verabschieden, wie die Mitgliedstaaten den internationalen Verkauf und die Verwendung von Spyware-Technologie grundrechtskonform umsetzen sollen.

China gegenüber Konsequenz zeigen

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie China westliche soziale Medien und Apps zensiert und gleichzeitig chinesische Daten-Drachen wie TikTok europäische Daten-

schutzstandards proaktiv unterlaufen. Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie China westliche soziale Medien und Apps zensiert und gleichzeitig chinesische Daten-Drachen wie TikTok europäische Datenschutzstandards proaktiv unterlaufen. Auch Chinas Umgang mit Menschenrechten in Taiwan, Hongkong, Tibet und den Uiguren darf nicht in den Hintergrund rücken. Als Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu China habe ich mich für eine klare China-Strategie in Bezug auf Handel und Menschenrechte eingesetzt. Gleichzeitig habe ich mich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die China-App TikTok nicht auf den Dienst-handys von EU-Bediensteten installiert werden darf, solange Spionagevorwürfe gegen TikTok bestehen.

LGBTIQ-Rechte verteidigen

Als Mitglied der überfraktionellen Intergroup für LGBTIQ-Rechte liegen mir die Belange der queeren Community in Europa ganz besonders am Herzen. Als Verhandlungsführer der Liberalen zur Umsetzung der EU-Strategie zur Gleichberechtigung von LGBTIQ-Personen habe ich mich erfolgreich für die Bekämpfung von Diskriminierungen in den Mitgliedstaaten eingesetzt.

Wähleranliegen umsetzen

Mein Mandat bietet auch die Möglichkeit, neue Initiativen anzustoßen und direkt auf die Anliegen von Wählerinnen und Wählern zu reagieren. Deutschland ist bei der Selbstbestimmung von Frauen zum Beispiel teils weit davon entfernt, zu den liberalen EU-Mitgliedstaaten zu gehören. Deshalb habe ich einen Selbstbestimmungseinfaden veröffentlicht, der alle Personen, die bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung in der EU auf Hindernisse stoßen, über ihre Rechte in Bezug auf Schwangerschaftsabbruch, Verhütung, Leihmutterchaft, Adoption und künstliche Befruchtung in allen 27 Mitgliedstaaten informiert.

Ein weiteres Problem waren die Grenzsicherungen für binationale Paare während der Corona-Pandemie. Durch meinen Einsatz für diese Paare konnten wir auf europäischer und deutscher Seite schnell Verbesserungen und Ausnahmeregelungen erreichen.

Zudem habe ich mich auch für eine stärkere europäische Öffentlichkeit eingesetzt mit meinem Vorstoß, aus der auslaufenden Talkshow von Anne Will eine „Europa Will“-Talkshow zu aktuellen europäischen Themen zu schaffen. Zu guter Letzt habe ich in meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ regelmäßig mit verschiedenen Gästen über unterschiedliche Themen des Alltags in Brüssel gesprochen und somit einen transparenten Einblick hinter die Kulissen des Europäischen Parlaments geben können.

Frohe Weihnachten und liebe Grüße
Euer Moritz



WENN DIE EFFIZIENZ

Erst Flüchtlingskrisen, dann der Brexit, Inflation und Kriege bis vor unserer Haustür. All diese Krisen sind eine große Herausforderung für die EU, die schnelle Handlungen erfordern. Die Schnelligkeit, die die EU in den letzten Jahren in Krisenzeiten an den Tag gelegt hat, ist beachtlich, doch oft geht sie bedauerlicherweise mit einem großen Opfer einher: der Demokratie.

Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit?

Es gibt viele Argumente dafür, dass die EU unter einer mangelnden demokratischen Legitimation leidet. Das bekannteste Beispiel ist die Wahl der EU-Kommissionspräsidentin aus Deutschland, Ursula von der Leyen. Diese Wahl kann schon gar nicht mehr als Wahl bezeichnet werden – sie ist das Ergebnis einer Menge eigenartiger Hinterzimmer-Deals. Ist das das, was wir eine „Volksherrschaft“ nennen? Wohl eher nicht. Wenngleich man

behaupten könnte, dass von der Leyen als Einzelperson zwar sehr mächtig ist, sie aber immer noch der Kontrolle des EU-Parlaments unterliegt und das Parlament ja von allen Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählt wird. Nun, das mit der Wahl stimmt schon, wobei man hier auch die Einführung eines Spitzenkandidatenmodells diskutieren könnte und sollte. Das mit der Kontrolle des Parlaments ist leider meist nur Theorie. Grund dafür ist eine Norm – Artikel 122 – im Vertrag über die Arbeitsweisen der Europäischen Union (AEUV). Artikel 122 AEUV ermöglicht sehr weitreichende Eingriffe, und zwar ohne das Europäische Parlament nach seiner Meinung fragen zu müssen. Das führt dazu, dass die Kommission und der Rat der Mitgliedstaaten vor allem während der Pandemie oft von ihm Gebrauch gemacht haben: bei der Beschaffung von Impfstoffen, beim Corona-Wiederaufbaufonds, für den 800 Milliarden Euro zur

Verfügung standen, bei den Kurzarbeitergeld-Programmen, die mit Krediten von über 100 Milliarden Euro gefördert wurden, und beim Beschluss, die Mitgliedstaaten zu erheblichen Einsparungen beim Gasverbrauch zu zwingen, und bei weiteren Maßnahmen gegen die hohen Energiepreise. Also gravierende und weitreichende Eingriffe der EU in die Mitgliedstaaten.

Das Parlament wird zum Nebenschauplatz

All das sorgt dafür, dass das EU-Parlament öfters mal eben außen vor gelassen wird. Das geht auf Kosten unserer Demokratie. Diese Regelung verschiebt die Kompetenzbereiche der europäischen Institutionen bzw. hebt sie teilweise komplett aus. Das ist auch deshalb gefährlich, da die Kontrollfunktion des Parlaments nicht mehr gegeben ist. Kommission und Rat könnten mithilfe des Artikels (fast) alles einfach selbst entscheiden, wenn

Bildnachweis: stock.adobe.com/rh2010



ZUR DEMOKRATIE WIRD

sie eine „Not“ sehen. Die angesprochene Kontrollfunktion hat zwar im Zweifel auch der Europäische Gerichtshof als oberstes Gericht inne, welches die Entscheidung aber nur auf Rechtmäßigkeit und nicht auf Sinnhaftigkeit prüft.

Für eine starke, effiziente und vor allem demokratische Europäische Union

Ohne Zweifel bedürfen derartige Krisen, wie die Corona-Pandemie oder noch aktueller der Ukraine-Krieg, schnelles, effizientes und geschlossenes Handeln der EU. Doch begründen schnell gebrauchte Entscheidungen ein Aussetzen demokratischer Grundprinzipien? Die Antwort ist klar: auf gar keinen Fall!

Als Liberale muss es uns ein gro-

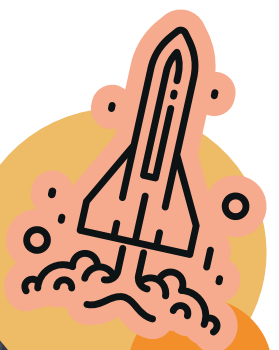
ßes Anliegen sein, die Demokratie auch in unserem eigenen System zu sichern. Es ist also unschwer zu erkennen, dass wir uns, was Demokratie angeht, auch an die „eigene Nase fassen“ müssen. Ein Ansatz wäre es, die Verträge der Europäischen Union zu reformieren, um das Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament mit der ihm gebührenden Wertschätzung aufzuwerten, das über alle Gesetze abstimmen kann und auch muss, das die Kommission wählt und als Parlament selbst von allen Bürgern im gleichen Verhältnis gewählt wird. Die Rolle einer Länderkammer ähnlich dem deutschen Bundesrat könnte möglicherweise vom Rat der Europäischen Union mit den Vertretern der nationalen Regierungen übernommen werden. Zusätzlich könnten verschiedene

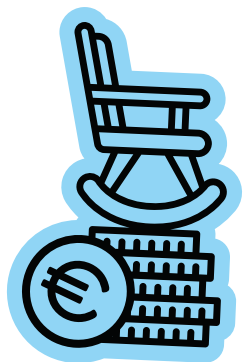
Elemente direkter Demokratie eingeführt werden, wie zum Beispiel die Europäische Bürgerinitiative, die es EU-Bürgern ermöglicht, die Kommission aufzufordern, Gesetzesvorschläge vorzulegen.



Am Ende lässt sich also die Frage vom Anfang so beantworten: Die EU hat ein erhebliches, aber kein gänzlich-demokratiedefizit. In Ausnahmefällen müssen Entscheidungen schnell gefällt werden, nicht aber ohne das Parlament. Dafür müssen auf EU-Ebene Regelungen geschaffen werden, die wie im Grundgesetz Gesetzgebungsverfahren erheblich beschleunigen können. Die Ansätze (s.o.) sind nur einige mögliche Verbesserungen. Wir müssen anfangen darüber zu diskutieren und vor allem in Zukunft unser eigenes demokratisches System evaluieren.

Jannis Kohlhasse (19) ist Student der Rechtswissenschaften und stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Bielefeld. Darüber hinaus ist er Fraktionsmitarbeiter der Bielefelder FDP-Ratsfraktion. Ihr erreicht ihn unter jannis.kohlhasse@julis.de





Überwachung und Macht: der digitale

Fjodor Dostojewski hat einst geschrieben, dass „Bargeld geprägte Freiheit“ wäre. Dies ist in unserer modernen Welt aktueller denn je; wo Kontrolle und Überwachung auf dem Vormarsch sind, bietet Bargeld noch wahre Entscheidungsfreiheit. Bargeld gibt uns Anonymität und hält die Staatsgewalt auf Distanz. Bargeld ist zugleich Sicherheit, Freiheit und Demokratie.

Unsere Gesellschaft entfernt sich jedoch zunehmend von der jahrtausendealten Norm der physischen Transaktion und nimmt im Namen von Komfort und Kriminalitätsbekämpfung Freiheits-einschränkungen in Kauf. Um unsere Freiheit zu erhalten, ist es von höchster Priorität, die Nutzung von Bargeld zu schützen, zu fördern und den digitalen Euro aufzuhalten.

Anonymität und der digitale Euro

Anonymität ist eine der Tragsäulen unserer Gesellschaft. Wahlgeheimnis, Whistleblower-Schutz und mehr garantieren unsere Anonymität in wichtigen und privaten Angelegenheiten. Diese vom Staat garantierte Anonymität erlaubt uns, frei von sozialer und oft staatlicher Überwachung und Einfluss zu handeln. Es gibt aber auch ein impliziertes Transaktionsgeheimnis. Nicht garantiert vom Staat, sondern von der Institution des Bargeldes.

Bargeld ist nämlich weitgehend anonym und obwohl es möglich ist, viele oder fast alle Bargeldtransaktionen durch investigative Maßnahmen zurückzuverfolgen, erfordert es aktive Recherche. Der digitale Euro ist im Kontrast passiv investigativ. Algorithmen und zukünftig wahrscheinlich auch KI analysieren und speichern jede Transaktion und jedes Konto, eine Maßnahme, die in der Realität nicht viel mehr ist als eine lebenslange Untersuchungshaft für jeden Bürger.

Macht und der digitale Euro

Der digitale Euro ist ein Machtgriff der EZB. Nach klassischem liberalen Glauben beschränken sich die eigentlichen Aufgaben einer Zentralbank auf spezifische Funktionen, die der Erhaltung des gesamten Finanz- und Wirtschaftssystems dienen. Deswegen ist die EZB so stark unabhängig und teilweise undemokratisch. Sie soll sinnvolle und rationale Entscheidungen, fernab von kurzfristiger Tagespolitik, treffen. Entscheidungen, denen sehr komplexe wirtschaftliche und finanzielle Faktoren unterliegen, bei denen hoch ideologische Debatten nicht helfen.

Dieses System existiert schon lange und funktioniert, wenn eine Zentralbank eine Zentralbank ist. In unserer modernen Realität jedoch, mit Fiat-Währungen, Inflationszie-

len und Gelddruck in unfassbaren Ausmaßen, sind diese Entscheidungen immer weniger logische Schlussfolgerungen auf präsente Faktoren. Es sind immer mehr ideologische und politische Entscheidungen.

Und wenn eine Zentralbank sich in eine grenzüberschreitende machtpolitische Institution verwandelt, wie es stark zum Vorschein kam beim Bruch des Maastricht-Abkommens während der Eurozonen-Krise, kann die EZB sich nicht mehr nur als eine einfache Zentralbank rechtfertigen. Ihr noch mehr Macht durch den digitalen Euro zu gewähren, widerspricht den Grundsätzen unserer Demokratie und sollte verhindert werden.

Fazit

Der digitale Euro hat keine gerechtfertigte Begründung. Er greift in unsere Privatsphäre ein und geht gegen unsere demokratischen Grundwerte.

Wer digital Geld von A nach B überweisen möchte, kann dies bereits per Überweisung tun. Wer einen Kaffee kaufen möchte, kann einen Schein übergeben. Der digitale Euro erweitert unsere Transaktionsmöglichkeiten nicht genug, um die Einschränkungen, die er mit sich bringt, zu rechtfertigen.

Bildnachweis: stock.adobe.com/Maskim Kabakou

EURO



Der einzige Existenzgrund liegt in der Überwachung und Kontrolle. Wenn man Friedrich Hayek glaubt, bewegen sich staatliche Institutionen tendenziell in Richtung verstärkter Kontrolle. Die EZB, die Bundesregierung, sie alle folgen diesem Pfad, und der digitale Euro ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Als Liberale müssen wir für die Freiheit stehen und uns gegen Überwachung positionieren. Der digitale Euro muss gestoppt werden, komplett und in jeder Form. Den digitalen Euro aufzuhalten ist zentral zur Erhaltung unserer aller Freiheit.



Vincent Weber (17) ist Schüler, Regionalleiter vom Liberalen Mittelstand Bonn und Gründer von EasyHedge.net. Auch deswegen plädiert er für liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Unterstützung des deutschen Mittelstands. Ihr erreicht ihn unter rienzi.weber@gmail.com

FDP 2030?



PARTEIREFORM IST KEIN PRESTIGEPROJEKT, SONDERN ÜBERLEBENSNOTWENDIG

Ich erinnere mich noch an den Wahlabend am 14. Mai 2022 in Düsseldorf. Nach fünf Jahren einer inhaltlich unterm Strich erfolgreichen Regierungskoalition mit der Union trumps die Union und die FDP verliert fast sieben Prozent. Desillusionierte Gesichter, Fassungslosigkeit und Tränen bei den Anwesenden. Alle wussten irgendwie, dass die Wahl nicht so gut wird, aber damit hatten die wenigsten gerechnet, als am Ende gerade mal 5,9 Prozent zu Buche standen. Ein Paukenschlag im größten Landesverband. Die Partei überschlägt sich mit Forderungen nach radikaler Reform der Strukturen. Man müsse den Abstieg wie 2013 unbedingt verhindern und schnell handeln. Was bleibt nun anderthalb Jahre später übrig von den wortreichen Erklärungen? Erschreckend wenig – dabei sind die Probleme nicht kleiner geworden.

Acht Niederlagen in Folge – Woran hat es gelegen?

Man fragt sich immer, woran es gelegen hat. Noch ein Jahr zuvor war die Euphorie groß. Die FDP war 2021 erfolgreich nicht nur erneut in den Bundestag eingezogen, sondern hatte das erste Mal in ihrer gesamten Parteigeschichte (!) bei zwei Wahlen in Folge zweistellige Prozentzahlen anteilig an der Zweitstimme vorzuweisen. Die FDP war stärkste Partei bei Jung- und Erstwählern mit satten 23 Prozent. Auf die Unterzeichnung des Koalitionsvertrags folgten Umfragerekorde in atemberaubender Höhe. Wie kann es da sein, dass nur 8 Monate später eine lange Serie von Wahlniederlagen begann? Ein Ereignis scheint ausschlaggebend: der Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022. Doch der Blick ist etwas verkürzt, denn

tatsächlich steigerte sich die Zustimmung für die Regierung kurz nach der Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers.

So muss man auf die ersten Wahlen des Jahres 2022 differenzierter blicken. Als man im Saarland im März erneut den Einzug verpasst, ist die Enttäuschung zwar groß, aber man verbesserte sich sogar leicht im Vergleich zum Rekordwahljahr 2017. In einem Bundesland mit sehr eigenen und komplizierten Strukturen war das erneute Scheitern eines Landesverbandes, der seit zehn Jahren nicht mehr im Landtag war, also verschmerzbar. Dann folgten allerdings die Wahldesaster in Schleswig-Holstein und NRW. Man wurde in Stammländern nach doppelter Regierungsbeteiligung abgestraft. Und hier beginnt die Analyse der größeren Probleme der

Bildnachweis: stock.adobe.com/Olivier Le Moal



Partei, weil sich hier drei Effekte gegenseitig verstärkten.

Zum einen markiert der April 2022 den Beginn einer Reihe von kommunikativen Fehlern der Bundesebene und die Offenbarung der strukturellen Probleme der Partei insgesamt. Hinzu kommen die externen Krisen (Corona, Krieg, Inflation etc.), die alle Parteien der Ampel gleichermaßen treffen. Auch wenn gutes Regierungshandeln Krisen entgegenwirkt, so lässt sich wohl kaum seriös behaupten, dass die Ampelkoalition für die strukturellen wirtschaftlichen Schwächen nach 16 Jahren Merkel-Regierung oder den Krieg in der Ukraine verantwortlich ist. Welche Dinge können wir also als Freie Demokraten und Junge Liberale beeinflussen?

Die strukturellen Probleme der Partei liegen tief

Die Ampel ist sicherlich kein Herzensprojekt für die FDP. Es ist offenkundig, dass das Regieren mit zwei linken Parteien im Bund nicht leicht ist, und das war es auch schon 2021. Aus staatspolitischer und ehrlicherweise auch aus strategischer Erwägung hat man das Fremdeln der Stammwähler- und Parteibasis mit dieser Regierungskonstellation in Kauf genommen. Zu Recht; denn nach dem Jamaika-Aus im Jahre 2017 hätte eine weitere Absage der FDP massiv geschadet und gleichzeitig war die Union in einem völlig desolaten Zustand, der eine Regierungszusammenarbeit unmöglich machte. Die Entscheidung für die Ampel war richtig und sie ist es auch immer noch, denn als liberale Partei müssen wir eigenständig koalitionsfähig mit allen demokratischen Parteien sein und nicht

nur als Anhängsel der Union wahrgenommen werden.

Das führte dazu, dass die Bundespartei und die Fraktion lange brauchten, um den richtigen kommunikativen Ton zwischen staatsmännischer Zusammenarbeit in der Bundesregierung und dem Setzen eigener Akzente für die FDP zu finden. Diese kommunikative Misere nahm ihren Anfang, als man das Verhindern der Impfpflicht nicht als Erfolg herausstellte. Sie setzte sich fort mit den mehrfachen Sondervermögen, so zu tun, als würde man die Schuldenbremse einhalten, dem 9-Euro-Ticket und gipfelte mit dem Kulturpass zum Jahresende 2022. Kommunikation ist ein herausfordernder Balanceakt und dass eine Partei in dieser historischen Krisenzeit das ohne Weiteres perfektioniert, war nicht zu erwarten. Das entschuldigt die Fehler selbstverständlich nicht.

Die viel grundlegendere Probleme liegen in den Strukturen der Partei. Das offenbarte sich besonders dramatisch bei den Wahlniederlagen in NRW und Schleswig-Holstein. Regierungsbilanzen, die insgesamt positiv waren; in Bündnissen, mit denen man realpolitisch gut arbeiten konnte. Doch genau hierin zeigte sich die Problematik der FDP. Eine Partei, die in der Opposition mit starken Persönlichkeiten und liberalen Thesen auftritt, dann nach starken Ergebnissen in Regierungsverantwortung kommt und sich dort so ultimativ staatstragend gibt, sodass man den Eindruck hat, dass sie ihre Identität verliert. Das Ende läuft dann entweder wie bei der Landtagswahl in NRW – wo man die Liebesheirat mit der Union schon verkündet hat, nur

um sich zu wundern, dass Hendrik Wüst nie Gefühle für einen hatte und er sich problemlos mit den Grünen zusammentut, sodass man vor dem zerbrochenen Altar schwarz-gelber Hingabe trauert. Oder der Partei fällt (gerade in Krisenzeiten) der Identitätsschwund schon während der Regierung auf und man verliert sich in inhaltlichen Richtungsdebatten, die dann im öffentlichen Krieg enden, bis man nach dem Zerlegen der Partei und der Beerdigung der alten Parteiführung von vorne beginnt (wie 1982 oder 2013). Das liegt auch an unseren antiquierten Parteistrukturen und so kann es nicht weitergehen, wenn der Liberalismus auch weiterhin in Deutschland stattfinden soll.

Lösungen für eine erfolgreiche Bundestagswahl 2025

Die Geschichte der liberalen Wahlergebnisse in der Bundesrepublik ist wie eine Achterbahn. Mal tieftraurig, wenn man gerade nur so die fünf Prozent knackt oder rausfliegt, und jubelnd, wenn man dann doch zweistellig einzieht. In Zeiten des Gegenwindes braucht es solide Parteistrukturen als Ausgleich, um herausfordernde Phasen zu überwinden. Eine Führung, die Kritik zulässt, unterschiedliche Strömungen der Partei berücksichtigt und langfristig das Wachsen der Stammwählerbasis aus der eigenen Masse heraus im Blick hat. Die Grünen haben dieses Erobern kultureller Vorräume und Erarbeiten einer Stammwählerbasis im zweistelligen Prozentbereich nicht nur durch den Zeitgeist, sondern auch durch progressive Parteistrukturen erreicht.

Ein Antrag für die FDP 2030 ist also

DAS WAR LANDES-

viel zu langsam. Wenn diese Partei bis 2030 überleben will, dann brauchen wir jetzt eine Debatte über Strukturreformen und keine Augenwischerei. Wir Jungen Liberalen haben lang und hart darüber debattiert. Wir haben gute Ideen, wie eine optionale Doppelspitze, die Trennung von Parteiamt und Mandat in der Regierung oder die Abschaffung des Regionalproporz. Wir sollten diese Debatten lieber früher als später führen, denn in einem Bundestagswahljahr kommt nichts schlechter an als eine Partei, die nur mit sich selbst beschäftigt ist. Wenn wir das weiter ignorieren, dann wird der Wiedereinzug in den Bundestag 2025 zu einer Partie russisches Roulette. Und die Hoffnung, mittelfristig von der Klempartei zum mittelgroßen liberalen Gegengewicht zu den Grünen zu werden, ist dahin.



Alexander Kobuss (25) ist parlamentarischer Referent im deutschen Bundestag. Er hat im Master of Education Geschichte und Sozialwissenschaften studiert und promoviert gegenwärtig zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus ist er Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Berlin-Mitte. Ihr erreicht ihn über kobuss@julis.de



LIKE

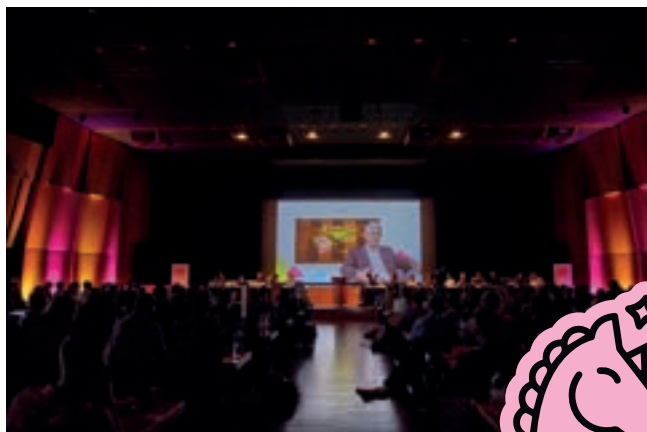


THX!

DER 100. KONGRESS



Im Herbst kamen die Jungen Liberalen in NRW zu ihrem 100. Landeskongress zusammen. Ein großes Jubiläum, bei dem die JuLis ihren Verband mal ordentlich feiern konnten. Neben Vorstandswahlen, spannenden Antragsberatungen und einer legendären Party stand der Festakt ganz oben auf der Tagesordnung. Viele ehemalige JuLi-Landesvorsitzende berichteten von ihrer Zeit und was heute alles besser oder schlechter ist. Sie hatten die ein oder andere Anekdote dabei, aber seht selbst:





Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Sina Behrend (sina.behrend@julis.de),
Thomas Jobelius (thomas.jobelius@julis.de)

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW
e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
Telefon (0211) 4925185,
julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING,
www.btw-marketing.com

Lektorat

Angelika Lenz,
www.angelika-lenz.de

Druck

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

